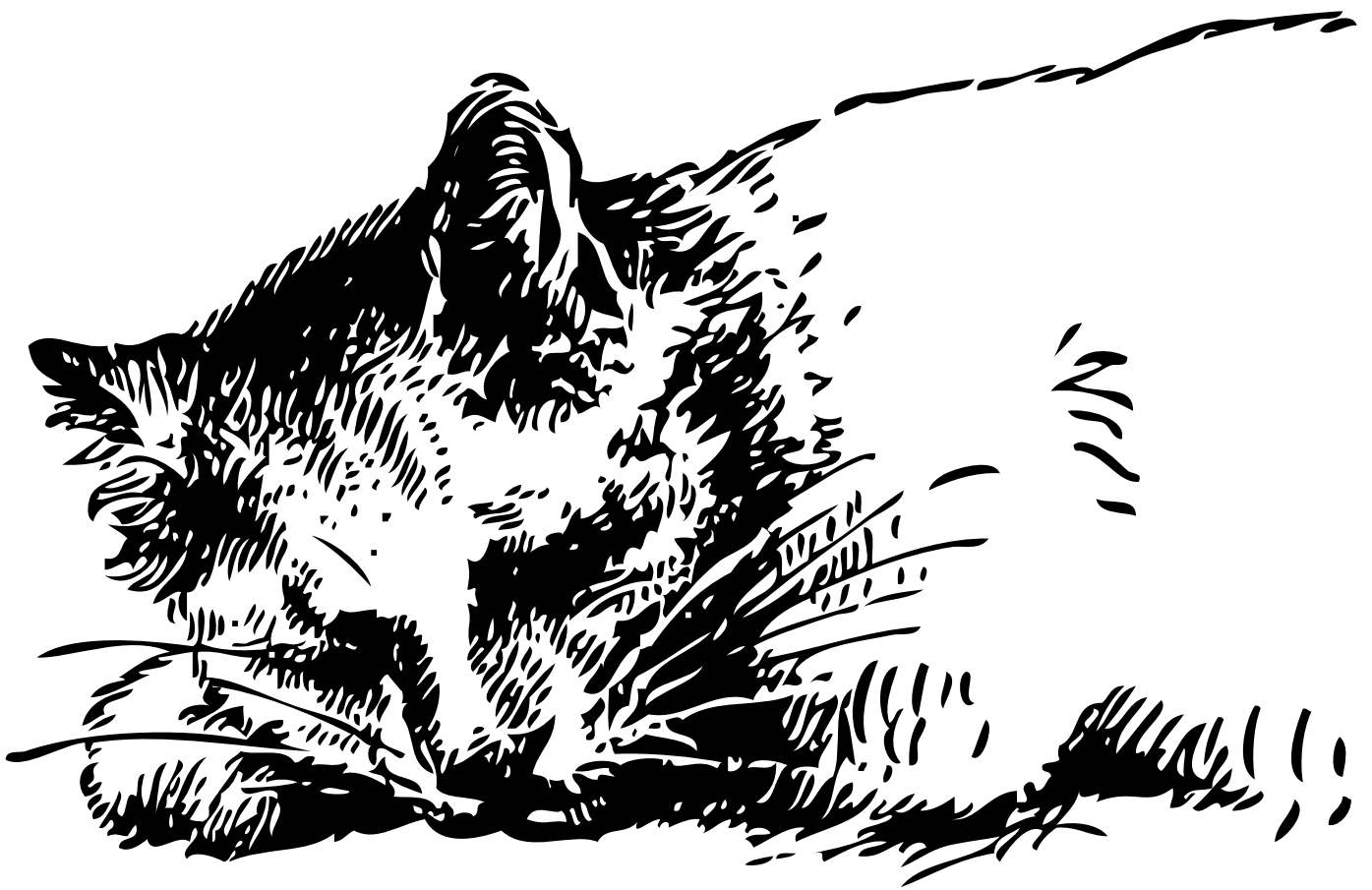


Michael Huemer
Lob der Untätigkeit
Was an Politik faul ist



Edition Leske

Impressum

© 2015 Thomas Leske Meisenweg 37; 71126 Gäufelden

© 2012 Michael Huemer sowie die Zeitschrift *Studia Humana*.

E-Mail: info@edition.leske.biz

Fingerabdruck: A765 9A39 8203 9936 B8A0 CAEB B140 4EED 970B D67B

Verlag: Thomas Leske (s. o.)

Rechtschreibung: Um Mehrdeutigkeiten zu vermeiden, wird gelegentlich auf die Zusammenschreibung nach den alten Rechtschreibregeln zurückgegriffen.

Zitieren: Es wird empfohlen, anstelle von Seitennummern Kapitel und Randnummer anzugeben. Die Randnummern entsprechen den Seitennummern der englischen Originaltexte.

Titelbild: gemeinfrei von <https://openclipart.org> (Bildbezeichnung: johnny_automatic_sleeping_cat)

Sammelband: Diese Übersetzung ist zusammen mit weiteren Aufsätzen von Michael Huemer als Kapitel I in „Wider die Anmaßung der Politik“ erschienen (ISBN 978-3981761603 bestellbar unter <http://edition.leske.biz/bestellen>).

2. Auflage

Lob der Untätigkeit*

Michael Huemer

14. März 2016

Zusammenfassung Den Beteiligten des Politikbetriebs einschließlich Wählern, Aktivisten und Spitzenpolitikern fehlt häufig der grundlegende Sachverstand für die jeweiligen politischen Entscheidungen. Selbst Experten verstehen gesellschaftliche Mechanismen kaum und können deren Auswirkung kaum vorhersagen. Nur auf einfachste und unstrittige politische Behauptungen ist Verlass. Teilweise rührt das daher, dass politisches Wissen schwer zu erlangen ist, und teilweise daher, dass der Einzelne keinen ausreichenden Ansporn hat, es zu erlangen. Demzufolge besteht der beste Ratschlag an die politischen Akteure sehr häufig schlicht darin, gesellschaftliche Probleme nicht anzugehen, zumal Eingriffe, die nicht auf einem genauen Verständnis beruhen, vermutlich mehr Schaden als Nutzen anrichten.

1 Einleitung

Im Jahre 1799 erkrankte Amerikas erster Präsident George Washington – wie wir heute glauben – an einer Kehlkopfentzündung, einem seltenen aber ernsten Leiden, das zur Verengung der Atemwege bis hin zur Erstickung führen kann.¹ Sein guter Freund und Leibarzt begleitete ihn gemeinsam mit zwei anderen beratenden Ärzten. Man versuchte es mit Arzneien und Packungen sowie fünf Aderlässen, bei welchen er insgesamt die Hälfte seines Blutes verlor. Ein zeitgenössischer Bericht führt aus: „Die richtigen Gegenmittel wurden angeordnet, ohne ihre heilende Wirkung zu entfalten.“[10] Der damalige Präsident starb kurz darauf. Es versteht sich, dass die Behandlung entweder wirkungslos war oder gar seinen Tod beschleunigte.

Washingtons Ärzte waren anerkannte Fachleute und wandten gängige medizinische Verfahren an. Warum konnten sie ihm nicht helfen? Schlicht und einfach, weil sie nicht wussten, was sie taten. Der menschliche Körper ist ein äußerst komplexer Mechanismus. Um ihn zu heilen, benötigt man im Allgemeinen ein umfassendes und präzises Verständnis über ihn und das Wesen der Erkrankung, welche ihn stört – ein Wissen, über das damals niemand verfügte. Ohne dieses Verständnis richtet nahezu jeder erhebliche Eingriff in den Körper Schaden an.

Heutzutage treten Wähler, Aktivisten und Spitzenpolitiker in die Rolle mittelalterlicher Ärzte. Sie vertreten einfache, vorwissenschaftliche Theorien

*Übersetzt von Thomas Leske mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift *Studia Humana*, wo dieser Artikel zuerst erschien unter dem Titel „In Praise of Passivity“ (Vol. 1:2 (2012), S. 12-28, Michael Huemer). Online:

<http://www.studiahumana.com/pliki/wydania/In%20Praise%20of%20Passivity.pdf>

¹Die Aufstellung basiert auf Vadakan 2005.

über gesellschaftliche Mechanismen und die Ursachen gesellschaftlicher Probleme, aus denen sie eine Palette von Gegenmitteln ableiten, welche sich nahezu alle als unwirksam oder schädlich erweisen. Die Gesellschaft ist ein vielschichtiger Mechanismus, dessen Reparatur – sofern sie überhaupt möglich ist – ein tiefes und umfassendes Verständnis erforderte, über das heute niemand verfügt. So unbefriedigend es auch sein mag, besteht der weiseste Schritt für die Beteiligten des Politikbetriebs häufig schlicht darin, ihre Lösungsversuche für die Probleme der Gesellschaft einzustellen.

Nachstehend will ich diesen Standpunkt erläutern und verteidigen. In den folgenden Abschnitten werde ich das Ausmaß unserer politischen Unwissenheit besprechen sowie deren Ursachen und praktische Empfehlungen, welche sich aus dieser tiefen und umfassenden menschlichen Unwissenheit in gesellschaftlichen Fragen ergeben. [13]

2 Wovon wir nichts verstehen

2.1 Die Unkenntnis der Öffentlichkeit in Bezug auf das politische System

Viele Beobachter kommen zu dem Schluss, dass die Bürger in heutigen Demokratien erschreckend wenig Ahnung über die politische Lage ihrer eigenen Gesellschaft haben. In den Vereinigten Staaten, über welche am meisten Daten verfügbar sind, kennen die meisten Bürger noch nicht einmal den Namen ihres Kongressabgeordneten geschweige denn sein Abstimmungsverhalten. Viele kennen grundlegende Verfassungsbestimmungen nicht, etwa die Dauer einer Legislaturperiode.[6, S. 8] Michael Delli Carpini und Scott Keeter vermitteln einen Eindruck des politischen Wissensstands der Öffentlichkeit in Amerika:

Während George [H.W.] Bushs Präsidentschaft war von seinen Meinungen der Umstand am bekanntesten, dass er Brokkoli hasste. Bei seiner Kandidatur 1992 wussten 89 % der Öffentlichkeit, dass Vizepräsident Quayle sich mit der Fernsehbekanntheit Murphy Brown eine Fehde lieferte, aber nur 19 % konnten Bill Clintons Bilanz in Umweltfragen beschreiben. Ebenfalls während dieser Kandidatur wussten 86 % der Öffentlichkeit, dass Bushs Hund Millie hieß, doch nur 15 % wussten, dass beide Kandidaten die Todesstrafe befürworteten. Judge Wapner (Gastgeber der Fernsehserie „Das Volksgericht“) wurde von mehr Leuten erkannt als die obersten Richter Burger bzw. Rehnquist.[12, S. 101]

Internationale Zahlen deuten darauf hin, dass das politische Wissen der Amerikaner nur geringfügig unterhalb des Durchschnitts liegt.[12, S. 89-92]

Wähler hegen oft absurde Vorstellungen in Bezug auf die aktuelle und neueste Politik. In einer Umfrage wurden Amerikaner gebeten, die zwei größten Posten des Bundeshaushalts aus folgender Liste zu benennen: Sozialversicherung, Sozialhilfe, Gesundheitswesen, Zinslast, Militär und Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe (der mit Abstand kleinste Posten der Liste) wurde am häufigsten genannt.[6, S. 79-80] Im Mittel schätzen sie den Anteil der Entwicklungshilfe am Bundeshaushalt auf ein Viertel. Die richtige Zahl liegt bei unter 1 %.[25]

In Amerika hörte man in den 1980ern gemeinhin entweder Lob oder Kritik für die drastischen Einschnitte, welche Präsident Reagan bei den Sozialausgaben vorgenommen habe. Diese zählten zu Reagans bekanntesten Leitlinien trotz der Tatsache, dass öffentlich verfügbare Statistiken zeigen, dass die Sozialausgaben des Bundes unter Reagan um 40 % *zugenommen* haben. Auf ähnliche Weise wurde oft über die Bush-Regierung hergezogen wegen ihrer angeblich drastischen Deregulierung, obwohl unter Bush die Gesamtausgaben stark gestiegen sind ebenso wie Ausgaben und Stellenbestand der Regulierungsbehörden, und die Regulierungsdichte stark zugenommen hat.[11]

2.2 Beschreibende Gesellschaftstheorie: Die Vernachlässigung von Fachwissen

Glücklicherweise stößt man auf einigen Gebieten der Gesellschaftstheorie auf einen klaren, politisch relevanten Konsens unter den Fachleuten. Bedauerlicherweise setzen sich häufig sowohl Spitzenpolitiker als auch die Allgemeinheit dreist über ihn hinweg. Ich nenne an dieser Stelle zwei Beispiele. Beim ersten handelt es sich um die Schutzzollpolitik. Dabei versuchen Regierungen, ihre heimische Industrie durch Handelsschranken zu schützen, welche typischerweise die Form von Zöllen oder Einfuhrquoten auf ausländische Güter annehmen. Derlei Maßnahmen sind häufig bei Spitzenpolitikern und der Allgemeinheit beliebt und nicht nur unter den Angehörigen der geschützten Industriezweige – ja sogar unter den Kunden, welchen die Einfuhrbeschränkungen schaden. Wir können hier nicht auf die Argumente bezüglich Freihandel und Schutzzollpolitik eingehen, so dass ich mich schlicht auf Fachautorität berufe. Die überwältigende Mehrheit der Volkswirte, Leute deren Beruf darin besteht, derlei Fragen nachzugehen, lehnen Schutzzollpolitik ab und glauben, sie schade der heimischen Industrie.² Paul Krugman – Nobelpreisträger, Volkswirt und Leitartikelschreiber der *New-York-Times* – drückt es so aus: „Gäbe es ein Glaubensbekenntnis der Volkswirte, enthielte es mit Sicherheit die Formeln ‚Ich verstehe das Prinzip des komparativen Kostenvorteils.‘ und ‚Ich trete für Freihandel ein.‘“³ [14]

Meiner Erfahrung nach ziehen derartige Überlegungen oft den Hohn felsenfest überzeugter ideologischer Freihandelsgegner auf sich, welche ohne einen Anflug von Ironie die Befürworter des Freihandels als „Marktradikale“ bezeichnen und damit im Grunde den Fachkonsens einer rechtsgerichteten Ideologie zuschreiben, der sich die Volkswirte verschrieben hätten.[22, S. 220-221] Demnach fiel es schwer zu verstehen, warum selbst linksgerichtete Volkswirte wie Paul Krugman, bekannt für seine Befürwortung einer staatlichen Leitung der Wirtschaft,[21] sich diesem Konsens anschließen. Wenn Fachleute aus entgegengesetzten politischen Lagern sich in einer bestimmten Frage einig sind und dabei hergebrachten Meinungen widersprechen, wer unterliegt dann eher einer kognitiven Verzerrung: die Expertengemeinde oder die ungebildeten Massen?

Ein zweites Beispiel besteht im Terrorproblem, welches sich in Amerikas politischem Diskurs der letzten elf Jahre deutlich abzeichnet. Eine einfache Sachfrage ist dabei von besonderem Interesse: Worin besteht das Motiv der

²Zur Beliebtheit der Schutzzollpolitik in der Öffentlichkeit und deren Ablehnung unter Volkswirten siehe Caplan (2007, S. 50–51).

³Krugman (1987, S. 131). Krugman fährt damit fort, gängige Argumente für den Freihandel zu kritisieren, kommt aber nichtsdestotrotz zu dem Schluss, dass Freihandel wahrscheinlich insgesamt wünschenswert ist.

meisten Terroristen? Fachleute, deren Laufbahn sich um die Untersuchung von Terrorismus dreht, stimmen darin überein, dass dieser als Vergeltungsmaßnahme für eine bestimmte Regierungspolitik dient insbesondere für die fremdländische militärische Besetzung von Gebieten, welche die Terroristen schätzen.[27, S. 9-10][1, S. 53-54, 114-115, 290] Daher schrieb Osama bin Laden in seiner Fatwa gegen die Vereinigten Staaten:

Das islamische Volk ist erwacht und merkt, dass es das Hauptziel der Angriffe der Allianz zwischen Zionisten und Kreuzfahrern ist. [...] Der jüngste und größte dieser Angriffe [...] besteht in der Besetzung des Landes der zwei heiligen Stätten [Saudi-Arabien] [...] durch die Armeen der amerikanischen Kreuzfahrer und ihrer Verbündeten.[15]

Spitzenpolitiker in Ländern, die von Terrorangriffen betroffen sind, schreiben diese jedoch typischerweise einem grundlegenden und unversöhnlichen Zusammenprall von Werten zu, der moralischen Tugend ihres eigenen Landes und der blanken Bosheit der Terroristen. So erklärte US-Präsident George W. Bush kurz nach den berüchtigten Anschlägen vom 11. September 2001 die Ereignisse wie folgt:

Sie hassen unsere Freiheit: Unsere Religionsfreiheit, unsere Meinungsfreiheit, unsere Freiheit, wählen zu gehen, sich zu versammeln und zu widersprechen. [...] Diese Terroristen töten nicht nur, um Leben zu beenden, sondern um eine Lebensart zu zerstören und auszulöschen. [...] Dies ist der Kampf der Zivilisation. Dies ist der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus glauben und an Toleranz und Freiheit.[5]

Der nachfolgende amerikanische Präsident, Barack Obama, machte einen Mangel an Gefühlen und Werten für die Anschläge verantwortlich:

Und ich gebe auch nicht vor, den blanken Nihilismus zu verstehen, der die Terroristen an jenem Tag antrieb und ihre Brüder immer noch antreibt. Mein Einfühlungsvermögen [...] vermag nicht hinter den leeren Blick jener zu dringen, die Unschuldige mit kalter ruhiger Genugtuung ermorden.[26]

Also lautet die bevorzugte Erklärung dafür, weshalb das eigene Land zum Anschlagziel wurde, dass der Feind entweder keine Werte habe, oder seine Werte grundlegend böse seien. Die selbstgerechte Natur dieser Erklärungen ist so offensichtlich, wie es die bedauerlichen Konsequenzen dieser Haltung für die Aussicht sind, internationale Konflikte friedlich beizulegen. [15]

Die Fragen der Schutzzollpolitik und des Terrorismus veranschaulichen lediglich ein allgemeines Problem. Selbst wenn Fachleute die Antwort auf eine politische Frage kennen, nützt dieses Wissen der Gesellschaft nichts, falls es – wie so oft – Laien und Spitzenpolitiker hartnäckig missachten.

2.3 Beschreibende Gesellschaftstheorie: Die Grenzen des Fachwissens

Angesichts der Unwissenheit typischer Spitzenpolitiker und der breiten Öffentlichkeit erscheint die Idee einer *Expertenregierung*, wie in Platons Republik, verlockend.[28][4] Bedauerlicherweise nimmt sich hinsichtlich der beschreibenden

Gesellschaftstheorie selbst der Sachverstand der Fachleute bescheiden aus, wie der Gesellschaftspsychologe Phillip Tetlock unlängst gezeigt hat. Er führte eine Studie über 15 Jahre durch, bei der er zehntausende von Vorhersagen von hundert Politikexperten sammelte, die in ihr Themengebiet fallen (z. B. Schlittert die Wirtschaft in eine Rezession? Hält die Sowjetunion? Wer gewinnt die nächste Präsidentschaftswahl? Usw.). Kurz gesagt kam Tetlock zu dem Ergebnis, dass die besten Fachleute kaum bessere Vorhersagen lieferten als Würfeln. Wenn man sie darum bat, Wahrscheinlichkeiten für ihre Vorhersagen zu nennen, überschätzten sie ihre Fähigkeiten regelmäßig; beispielsweise traten Ereignisse, denen 100%ige Sicherheit bescheinigt wurde, in weniger als 80 % der Fälle ein.[34, S. 49-55]

Worin die Experten *wirklich* gut waren, war das Rationalisieren ihrer Fehlschläge. Tetlock führt eine Reihe von Rechtfertigungen an, mit denen Fachleute häufig ihr Glaubenssystem verteidigen, um ihre Überzeugungen von der Widerlegung durch misslungene Vorhersagen auszunehmen. Sie behaupteten häufig, dass ihre zugrundeliegenden Überzeugungen nicht widerlegt wurden, weil ihre Vorhersage *beinahe* eingetreten sei, weil sie nur widriger Umstände halber misslungen sei, weil sie nur zeitlich daneben liege (und das vorhergesagte Ereignis noch eintreten werde), weil eine Maßnahme die angenommene Wirkung nur aufgrund ihrer schlechten Umsetzung verfehlt habe, usw. Tetlock merkt an, dass niemand seine *erfolgreichen* Vorhersagen in ähnlicher Weise weggeredet habe. Niemand habe je erklärt, dass eine erfolgreiche Vorhersage die zugrundeliegenden Behauptungen nicht stütze, weil die Vorhersage beinahe schief ging, weil sie nur durch Zufall eintrat, oder weil eine Maßnahme die angenommene Wirkung nur aufgrund der schlechten Umsetzung erzielt habe.

Tetlock konnte nur die Treffgenauigkeit von Überzeugungen einer bestimmten Art untersuchen; nämlich Vorhersagen, die sich in einem festen Zeitrahmen eindeutig beurteilen lassen. Beispielsweise kann man die Zuverlässigkeit von Experten bei der Vorhersage von Wahlergebnissen objektiv testen. Es gibt viele andere Überzeugungen, die sich nicht testen lassen. Wir können keine Vorhersagen über unbestimmte oder sehr lange Zeiträume testen – wie etwa „Eines Tages geht der Welt das Erdöl aus.“ oder „Die EU wird in 200 Jahren zusammenbrechen.“ Wir können keine wagen und subjektiven Vorhersagen testen – wie etwa „Der nächste Präsident wird schlimmer sein als der Jetzige.“ Wir können keine Behauptungen prüfen, die sich auf unbeobachtbare Ereignisse beziehen – wie in „Die Konjunkturspritze verlängert die Rezession *im Vergleich dazu, wie lange sie sonst gedauert hätte.*“ Und andere Behauptungen lassen sich aus unterschiedlichsten Gründen sehr schwer klären – wie etwa „Der Zweite Weltkrieg wurde hauptsächlich durch die Schmach von Versailles verursacht.“ oder „Eine anarchosyndikalistische Gesellschaft ist jeder Staatlichen überlegen.“

Könnte es vielleicht sein, dass Fachleute sehr zuverlässige Überzeugungen hinsichtlich dieser unüberprüfbar Fragen haben? Es besteht kein Grund zu dieser Annahme. Wenn sich jemand als unzuverlässig erweist, sobald man seine Behauptungen tatsächlich prüft, dann ist es für gewöhnlich vernünftig, ihn auch für unzuverlässig zu halten im Hinblick auf Fragen, die man nicht geprüft hat. Es erscheint eher *schwieriger*, zutreffende Behauptungen unüberprüfbarer Art aufzustellen wegen der großen Rolle der Subjektivität und der Schwierigkeit, das eigene Urteilsvermögen durch Erfahrung zu schärfen. Daher sind Fachleute vermutlich sogar noch unzuverlässiger, was solch unüberprüfbar Fragen angeht.

[16]

2.4 Wertendes Wissen

Die letzte Art von Wissen, welche wir für politische Entscheidungen benötigen, fällt in den Bereich der Philosophen: wertendes Wissen. Diese Art Wissen ist ebenfalls schwer zu prüfen; es mag tatsächlich grundsätzlich unüberprüfbar sein. (Natürlich denke ich dabei nicht an die Prüfung der Frage, ob eine Maßnahme das gewünschte Ergebnis hat, sondern ob ein Ergebnis als gut, gerecht, usw. zählt.) Wie zuverlässig sind wir in diesen Fragen?

Es gibt keine allgemein anerkannte Theorie – weder unter gewöhnlichen Leuten noch unter Experten – für irgendeine der zentralen wertenden Kategorien moralischer oder politischer Philosophie. Es gibt keine allgemein anerkannte Theorie des Guten, des Richtigen, der Gerechtigkeit, der Autorität, der Menschenrechte, der Gleichheit oder der Freiheit. Obschon Philosophen im Allgemeinen darin übereinstimmen, dass Gleichheit in *irgendeinem* Sinne ein wichtiger politischer Wert sei, können sie sich nicht darauf einigen, was dies bedeutet. Bedeutet es, dass ein Gesellschaftssystem danach streben soll, Wohlstand und Chancen anzugleichen? Bedeutet es lediglich, dass ein Gesellschaftssystem die Belange jedes Menschen in gleicher Weise berücksichtigen soll? Oder dass ein Gesellschaftssystem die gleichen Rechte für alle anerkennen soll? Gleichfalls erkennt zwar jedermann an, dass eine Gesellschaft Gerechtigkeit anstreben soll, aber wir können uns nicht über so grundlegende Fragen einig werden wie jene, ob Gerechtigkeit Vergeltung für Verbrechen erfordert, und ob sie Vorrang für die am stärksten Benachteiligten fordert. Die meisten Philosophen befürworten den Begriff der Menschenrechte, obwohl die bekannteste systematische Moraltheorie, der Utilitarismus, die Idee ablehnt. Unter jenen, die an Rechte glauben, besteht grundlegender Streit darüber, wer welche Rechte hat. Die bloße Masse der Streitpunkte in der politischen Philosophie belegt, dass Menschen darin höchst unzuverlässig sind, selbst wenn es sich um die gebildetsten, intelligentesten und erkenntnistheoretisch firmsten Fachleute handelt.

Wir könnten zu der Ansicht neigen, dass wir selbst die richtigen Antworten haben im Unterschied zu *anderen* Leuten, die in wertenden Fragen unzuverlässig sind. Wir könnten diese Behauptung mit philosophischen Argumenten untermauern, wie sie gerade in philosophischen Auseinandersetzungen auftauchen, wenn Philosophen sie in Büchern und Aufsätzen in ethischen und philosophischen Zeitschriften vorstellen. Selbstverständlich kann ich diesen Streit nicht beilegen, denn dies bedürfte einer Folge philosophischer Aufsätze, welche beinahe jedes Argument des ethischen und philosophischen Schrifttums widerlegen. Nichtsdestotrotz würde ich vorschlagen, dass wir sehr misstrauisch gegenüber jedem Versuch sein sollten, uns als Ausnahme zu sehen bloß anhand von Argumenten, die regelmäßig in der philosophischen Literatur erscheinen und nur eine Minderheit der Fachwelt überzeugen. Man könnte beispielsweise von sich behaupten, über außergewöhnlich zuverlässige politische Ansichten zu verfügen, weil diese von Parteien empfohlen würden, die hinter dem „Schleier der Unwissenheit“ verhandelten (um Rawls Methodenlehre zu beschwören).[29] Dies bedeutet, sich auf ein Argument zu berufen, das nur einige Fachleute überzeugend finden, wogegen andere Fachleute sich auf andere Arten von Argumenten berufen, die zu abweichenden Schlüssen führen. Wenn wir keinen unabhängigen Grund für die Erwartung haben, unser eigenes philosophisches Urteil sei dem anderer Fachleute überlegen (beispielsweise sind wir nicht nachweislich schlauer, gebildeter oder vernünftiger als andere), dann sollten wir von uns selbst annehmen, dass wir

denselben Einflüssen unterliegen, die andere in Bezug auf politische Philosophie unzuverlässig machen, worin diese auch bestehen mögen.

2.5 Was wir wissen

Ich bestreite nicht, dass wir über wichtiges politisches Wissen verfügen. Ich meine, wir wissen, dass Sklaverei Unrecht ist, dass Demokratie besser als Diktatur ist, dass Folter nahezu immer verwerflich ist, und dass Markt- besser als Planwirtschaft funktioniert. Bei jedem dieser Punkte handelt es sich um einen äußerst wichtigen Wissensbaustein. Jeder von ihnen trägt dazu bei, dass es den Menschen heute sehr viel besser geht als in der Vergangenheit. Mein Standpunkt ist nur, dass unser politisches Wissen sehr begrenzt ist. Es gibt sehr viel unverstandene Dinge, bei denen die Menschen oft handeln, als wüssten sie Bescheid. Sie verteidigen lautstark eine Maßnahme, wenngleich sie keine Ahnung von der diesbezüglichen Fachliteratur haben. Wir sagen häufig kühn die Zukunft vorher oder wählen auf Grundlage unserer Vorhersagen in Sachgebieten, bei denen die Zukunft tatsächlich unvorhersehbar ist. Wir verteidigen weltanschauliche Standpunkte auf Grundlage vager und umstrittener Werturteile. Fachleute, Anführer und Laien verstehen etwas von Politik, jedoch nicht annähernd so viel, wie sie glauben. [17]

Woran können wir echtes politisches Wissen festmachen? Ich kann keine genaue und vollständige Antwort auf diese Frage geben. Dennoch lassen sich einige allgemeine Leitlinien ausmachen. Echtes politisches Wissen ist eher:

1. *einfach*. Z. B. „Nachfragefunktionen sind fallend.“ Je komplizierter eine Theorie ist, desto fehleranfälliger ist sie.
2. *von Fachleuten anerkannt*. Z. B. besteht in der Volkswirtschaftslehre ein breiter Konsens, dass keine Schutzzollpolitik anzustreben ist. Wenn eine Theorie gut begründet ist, dann wird die große Mehrheit vernünftiger und kluger Menschen sie für gewöhnlich akzeptieren, sobald sie die Gründe verstanden hat.
3. *ideologiefrei*. Bei emotional aufwühlenden Theorien mit ideologischem Einschlag handelt es sich eher um Scheinwissen z. B. bei der Theorie, dass Verhaltensunterschiede zwischen den Geschlechtern nur gesellschaftlich bedingt seien. Die Wirklichkeit hält sich wahrscheinlich nicht an die Ideologie.
4. *weich*. Z. B. wissen wir nicht, dass Märkte immer vollkommen effizient sind. Wir können nur sagen, dass Märkte für *gewöhnlich annähernd* effizient sind.
5. *spezifisch und konkret*. Man kann von einer konkreten Behauptung (etwa „Ted Bundys Morde waren verwerflich.“) sehr viel stärker überzeugt sein als von einer abstrakten Theorie (etwa „Es ist stets verwerflich, als erster Gewalt gegen eine andere Person anzuwenden.“)
6. *von geeigneten Belegen gestützt*. Z. B. kann die Behauptung, Gewalt in den Medien führe zu mehr Gewaltverbrechen, ohne empirische Belege kein Wissen sein. In diesem Fall wäre eine Studie geeignet, die sich auf eine große Zufallsstichprobe stützt, im Gegensatz etwa zu einigen Anekdoten.

7. *nicht einem Gegenbeweis unterlegen.* Wenn eine große Zahl von Belegen gegen P spricht, oder man nicht weiß, ob ein solcher Gegenbeweis existiert, dann weiß man P nicht. Wenn man z. B. mehrere Studien zugunsten der Waffenregulierung gelesen hat aber keine Literatur der Gegenseite, dann kann man nicht behaupten zu wissen, ob Waffenregulierung wünschenswert ist.

Betrachten wir nun die Behauptung, Demokratie sei besser als Diktatur. Diese schneidet anhand der vorstehenden Liste ganz gut ab. Es handelt sich um eine recht einfache Idee. Nahezu alle Fachleute der Politiktheorie schließen sich ihr an. Sie stützt sich auf reiche Erfahrung mit Demokratien und Diktaturen.[31, Kapitel 6] Gegenbeweise sind auch rar oder nicht vorhanden. Zugegeben schneidet sie in einigen Punkten schlecht ab: Es handelt sich um eine recht ideologische und starke Behauptung. Wie dieser Fall deutlich macht, sind bei echtem Wissen nicht stets alle Merkmale ausgeprägt; dennoch liegen sie bei einem echten Wissensbaustein tendenziell vor.

3 Was hält uns in Unwissenheit?

3.1 Vernünftige Unwissenheit und Unvernunft

Die meiste Zeit über setzen Menschen ihre Vernunft zweckgebunden ein. Das heißt, sie treffen Entscheidungen nur in Fällen, bei denen der Nutzen die Kosten rechtfertigt (gemäß ihrer eigenen Wertvorstellung und Risikobewertung). Daher sollten wir erwarten, dass Leute nur politisch bewandert sind, falls der Nutzen dieses Wissens die Kosten aufwiegt.

Der Nutzen politischen Wissens ist zweifelhaft. Für die überwältigende Mehrheit der Menschen hat politisches Wissen keinen Einfluss auf ihren Lebensweg, da ihre Aussicht, staatliche Maßnahmen zu beeinflussen, gegen Null tendiert. Nur wenn man Wissen einen inneren Wert beimisst, kann man sich vom Wissensserwerb einen nennenswerten Nutzen erhoffen. [18]

Die Kosten politischen Wissens können jedoch gewaltig sein – schon alleine an Zeit und Mühe. Man muss die Regierungsvertreter kennen, ihr Abstimmungsverhalten nachvollziehen, dazu die betreffenden Gesetzesvorlagen kennen und sich Hintergrundwissen und Argumente zu zahlreichen politischen Einzelfragen aneignen, was in den meisten Fällen ein schwieriges und langwieriges Einlesen in Fachliteratur erfordert. Opferte man jede wache Stunde diesem Studium, so wäre man über die bedeutendsten Problemstellungen gut auf dem Laufenden.

Es gibt noch eine zweite weniger greifbare Art Kosten. Die Aneignung der wichtigsten politischen Wissensbausteine etwa zu den Fragen, ob Waffengesetze gut sind, ob die Todesstrafe gerecht ist, oder ob billiges Geld der Wirtschaft auf die Beine hilft, erfordert die sorgsame Hege erkenntnistheoretischen *Vernunftgebrauchs*. Man muss darauf hinarbeiten, die eigene Voreingenommenheit zu erkennen und zu überwinden. Man muss Informationen und Argumente aufspüren, welche der eigenen bisherigen Meinung zuwider laufen, und sich bemühen, diesen Argumenten unvoreingenommen zu folgen. Häufig fordert die Vernunft, dass man eingesteht, bislang einer falschen Meinung angehangen zu haben oder schlicht die Antwort auf eine wichtige Frage nicht zu kennen. Wer sich der Vernunft verschreibt, dessen Wünsche werden häufig enttäuscht, weil er nicht einfach glauben darf, was er glauben will.

Grob läuft all das auf folgenden Schluss hinaus:

1. Man handelt nur, wenn der Nutzen größer ist als die Kosten.
2. Der Nutzen politischen Wissenserwerbs ist äußerst gering.
3. Die Kosten politischen Wissenserwerbs sind beträchtlich.
4. Deswegen erwirbt man kein politisches Wissen.

Dabei handelt es sich natürlich um eine starke Vereinfachung. Manchmal handeln Menschen gemessen an einer Zweckbindung unvernünftig; manche Leute mögen politischem Wissen einen hohen inneren Wert beimessen; und einige wenige (wie bekannte Politiker und wohlhabende Parteispender) haben ernsthafte Aussichten, staatliche Maßnahmen zu beeinflussen. Trotz dieser Ausnahmen glaube ich, dass obiger Schluss ein grundlegendes Verständnis für den niedrigen Stand politischen Wissens in der Allgemeinheit bietet.⁴

Was ist mit Spitzenpolitikern und Parteispendern, die – wie bereits angedeutet – wirklich Einfluss auf staatlich Maßnahmen nehmen können? Bestehen für sie starke Anreize, sich politisches Wissen anzueignen? Ja und nein. Für sie besteht ein starker Anreiz, herauszufinden welche Maßnahmen sie *im eigenen Interesse* voranbringen sollten. Ein Politiker mag einen starken Anreiz haben, herauszubekommen welcher Standpunkt unter Wählern und Parteispendern beliebt ist. Aber das ist etwas ganz anderes als die Suche nach den Maßnahmen, die wirklich am besten sind. Nehmen wir beispielsweise an, Einwanderungsbeschränkungen seien ungerecht und schaden der heimischen Wirtschaft, aber die meisten Wähler begrüßten sie.⁵ Ein Politiker, der für die Aufhebung von Einwanderungsbeschränkungen eintritt, kann sich im Erfolgsfall über einen leicht erhöhten Wohlstand für sein Land freuen und außerdem über eine gerechtere Welt, bezahlt dafür aber womöglich mit dem Verlust seines Amtes oder Mandats. Eine Stimme für die Aufhebung von Einwanderungsbeschränkungen zahlt sich – gemessen am Eigeninteresse – höchstwahrscheinlich nicht aus. Mit diesen Gedanken im Hinterkopf besteht für einen Politiker von vornherein kaum ein Anreiz, herauszufinden ob Einwanderungsbeschränkungen ungerecht oder schädlich sind.

3.2 Wen kümmert das Gemeinwohl?

Jene mit gefestigten politischen Ansichten, also u. a. Wähler, Aktivisten, Kritiker und Spitzenpolitiker, bilden sich typischerweise ein, für bewundernswerte Anliegen zu arbeiten – etwa für soziale Gerechtigkeit, das Gemeinwohl oder moralische Tugenden. Die meisten sehen ihren Einsatz fürs eigene Weltbild als edles und selbstloses Unterfangen. Dies trifft auf Menschen im gesamten politischen Spektrum zu, egal ob konservativ oder liberal, ob sozialistisch oder anarchistisch. Ich hege jedoch den Verdacht, dass es sich dabei um ein selbstgerechtes Trugbild handelt. Sehr wenige Menschen treiben solche Dinge wie die soziale Gerechtigkeit oder das Gemeinwohl besonders um. Nahezu jeder kümmert sich ein klein wenig um diese Dinge, und wenige Menschen legen sich dafür richtig ins Zeug. Aber die meisten, die sich einbilden, von hohen Idealen tief bewegt zu sein, sind es in Wirklichkeit gar nicht. [19]

⁴Zur weiteren Stützung dieser Art von Theorie siehe Downs (1957, S. 244–245) und Caplan (2007).

⁵Siehe meinen Beitrag von 2010[19] und Simon 1999.

Diese Behauptung mag überraschen. Wie lässt sich sonst erklären, dass jemand sein Leben dem öffentlichen Dienst widmet? Oder dass Aktivisten den größten Teil ihrer Freizeit in die Verbreitung politischer Propaganda, das Organisieren von Protestaktionen usw. stecken? Ich unterstelle, was diese Menschen hauptsächlich bewegt, ist nicht der Wunsch nach einem hohen Ideal sondern nur der Wunsch nach dem *Selbstbild*, dafür zu arbeiten – beispielsweise bewegt sie nicht der Wunsch nach Gerechtigkeit sondern der Wunsch, sich selbst als Kämpfer für Gerechtigkeit zu sehen. Diese beiden möglichen Wünsche ähneln einander stark und erscheinen auf den ersten Blick vielleicht praktisch ununterscheidbar: Wenn ich ein Selbstbild aufbauen will, wonach ich für Gerechtigkeit eintrete, dann ist das, was ich tun muss, für Gerechtigkeit einzutreten; aber genau das gleiche muss ich tun, wenn ich schlicht für Gerechtigkeit eintreten will.

Doch es gibt zumindest eine Möglichkeit den Wunsch nach X vom Wunsch nach dem Selbstbild, X voranzubringen, zu unterscheiden. Diese besteht in der Betrachtung des Aufwandes, den das Subjekt betreibt, um herauszufinden, was X voranbringt. Dahinter steht die Überlegung, dass der Wunsch nach dem Selbstbild, X voranzubringen, dadurch erfüllt wird, dass man etwas tut, *von dem man glaubt*, es bringe X voran, wogegen der Wunsch nach X nur dadurch erfüllt wird, dass man X erfolgreich voranbringt. Daher benötigt nur jemand, der X selbst anstrebt, zutreffende Überzeugungen darüber, was X voranbringt; jemand der bloß das Gefühl anstrebt, X voranzubringen, braucht *feste* Überzeugungen (so dass er das sichere Gefühl erhält, X voranzubringen) aber nach seinem Maßstab nicht notwendigerweise *zutreffende* Überzeugungen.

Demnach können wir unter der Annahme, dass Menschen zweckgebundene Vernunft an den Tag legen, die folgenden theoretischen Vorhersagen treffen. Wenn Menschen hohen Idealen nacheifern wie der Gerechtigkeit oder dem Allgemeinwohl, dann arbeiten sie eifrig daran, herauszufinden was diese tatsächlich voranbringt, und begeben sich auf die Suche nach Hinweisen auf Fehler in ihren Annahmen darüber, was sie voranbringt, da falsche Überzeugungen gemäß diesem Maßstab dazu führen könnten, dass all ihre Anstrengungen vergebens sind. Wenn andererseits Menschen nur das *Gefühl* anstreben, hohe Ideale voranzubringen, dann üben sie wenig Sorgfalt beim Bilden ihrer Überzeugungen darüber, was ihre Ideale voranbringt, und unterlassen das Sammeln von Hinweisen, welche diese Überzeugungen untergraben könnten.

Welche Hypothese passt besser zu unseren Beobachtungen? Mir scheint, dass die meisten Leute, die mit großem Aufwand politische Anliegen voranbringen, sehr *wenig* Aufwand darauf verwenden, sich zu vergewissern, dass ihre Überzeugungen zutreffen. Sie neigen zu felsenfesten Überzeugungen, welche sie äußerst ungern überdenken. Wenn sie mit neuen Angaben konfrontiert werden, die ihren bestehenden Überzeugungen widersprechen, reagieren diese Menschen sehr viel eher mit Wut als mit Dankbarkeit, so als wären sie einem Angriff ausgesetzt. Zugegebenermaßen sind diese Eindrücke anekdotenhaft. Aber ich bin ernsthaft der Meinung, dass meine diesbezügliche Erfahrung so verbreitet ist, dass nur sehr wenige diese Beobachtungen anfechten. Die Belege legen daher nahe, dass politisch engagierte Leute eher vom Wunsch angespornt werden, sich als Kämpfer für politische Ideale zu sehen, als vom Wunsch nach diesen Idealen selbst.

3.3 Gesellschaftstheorie ist schwieriger als Sie glauben

Es gibt noch einen anderen Grund, aus dem Menschen bei der Klärung politischer Fragen lausig sind: Es ist sehr viel schwieriger, ein Problem zu durchdenken, als es zunächst scheint. Dies trifft auf nahezu alle Wissensbereiche zu, doch einige Disziplinen (zu denen die Politik nicht gehört) haben zuverlässige Denkmethoden entwickelt.

Lassen Sie mich einige Beispiele anführen. Von den alten Griechen bis ins Mittelalter war die gängige Sicht der Wissenschaft (oder dessen was damals als solche durchging), dass die physische Welt sich aus vier Elementen zusammensetzte: Erde, Luft, Feuer und Wasser. Die gängige Krankheitstheorie in der Medizin lautete, dass Ungleichgewichte der vier Körperflüssigkeiten – nämlich Blut, Galle, schwarzer Galle und Schleim – Krankheiten auslösten. Beispielsweise werde Fieber durch überschüssiges Blut ausgelöst, so dass es einer Behandlung durch Aderlassen bedürfe. Die antike und mittelalterliche Theorie vom Kosmos setzte die Erde ins Zentrum, wobei Sonne und Planeten die Erde umkreisten. Die Fixsterne galten als Lichtpunkte auf einem sphärischen Firmament, welches Sonne, Erde und Planeten umschloss. [20]

Heute wissen wir, dass all diese Theorien völlig verkehrt waren und nicht annähernd der Wahrheit entsprachen. Dennoch genossen sie unter Fachgelehrten über Jahrhunderte hinweg große Akzeptanz. Es handelt sich dabei nur um wenige Beispiele; wer die Ideengeschichte studiert, stößt auf viele weitere. Im Laufe der Menschheitsgeschichte hat sich die Mehrheit unserer Theorien zur Erklärung der Welt später als falsch herausgestellt.⁶

Dies mag im ersten Moment verwundern. Wir sind nicht davon überrascht, dass wir *manchmal* daneben liegen. Unfehlbarkeit ist nicht zu erwarten. Doch wenn wir es nicht gerade darauf *anlegen*, daneben zu liegen, wie brachten wir es dann fertig, durchweg die Wahrheit zu verfehlen?

Es gibt dafür eine einfache philosophische Erklärung, die von der Tatsache ausgeht, dass die Zahl möglicher Theorien zur Erklärung eines bestimmten Phänomens gewaltig wenn nicht sogar unendlich ist. Davon sind alle bis auf eine falsch. Wenn also von T nur bekannt ist, dass es sich um eine Theorie handelt, dann beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass T zutrifft, nahezu Null. Dennoch haben Denker dies oft blauäugig übersehen, weil einem gewöhnlichen Menschen zur Erklärung eines bestimmten Phänomens typischerweise nur sehr wenige (ihm glaubhaft erscheinende) Theorien einfallen. Es verhält sich nicht so, dass wir die Wahrheit vor Augen haben und sie verwerfen; in der überwältigen Mehrheit der Fälle gehört die Wahrheit nicht zu den ersten Einfällen, welche uns zur Erklärung eines Phänomens in den Sinn kommen. Beispielsweise haben die alten Griechen nicht die Quantentheorie verworfen; sie haben diese schlicht nicht in Betracht gezogen und konnten es auch gar nicht.

Soweit zu diesem einfachen Grund für die menschliche Unzuverlässigkeit. Ein weiterer Einflussfaktor besteht im verbreiteten Vorkommen des Bestätigungsfehlers: Wenn wir über eine Hypothese nachdenken, neigen wir von Natur aus dazu, nach Belegen Ausschau zu halten, welche die Hypothese stützen, statt nach solchen, die sie *widerlegen*.⁷ Eine Theorie, welche anfangs halbwegs glaubhaft erscheint, kann mit der Zeit immer gefestigter wirken, da wir stützende Belege sammeln und Widersprechendes übersehen. Nehmen wir die Tatsache hinzu,

⁶zur antiken und mittelalterlichen Wissenschaftsgeschichte siehe Lindberg (1992).

⁷Diese Neigung ist in der Psychologie gut untersucht; siehe Gilovich 1991, Kapitel 3 u. 4.

dass bei den meisten theoretischen Fragen die Menschen eher der Wunsch nach einem Glauben antreibt, der ihnen Halt gibt, als der Wunsch, die Wahrheit zu finden, so gelangen sie sehr viel eher zu fehlerhaften Überzeugungen.

Zum Glück hat die moderne Wissenschaft Techniken entwickelt, die unsere Zuverlässigkeit stark verbessern. Heutzutage überprüfen wir Hypothesen experimentell und treiben ernsthaft und bewusst Aufwand zu ihrer Widerlegung. Doch in Bezug auf politische Weltanschauungen sind keine derartigen Techniken entwickelt worden. Wissenschaftliches Denken scheint häufig nicht ins politische Geschäft vordringen zu können mit der Folge, dass unsere politische Theoriebildung ungefähr so zuverlässig ist, wie es jedwede Theoriebildung vor dem Beginn moderner Wissenschaft war.

Warum können wir die Methoden, die in den Naturwissenschaften so erfolgreich waren, nicht auf politische Fragen anwenden? Einige der zu beantwortenden Fragen erscheinen grundsätzlich nicht-empirisch. Mit welchem Experiment können wir beispielsweise testen, ob die Gerechtigkeit fordert, dass die Gesellschaft den Wohlstand von den Reichen an die Armen umverteilt? Andere Fragen lassen sich schwer untersuchen, weil uns keine kontrollierten Experimente zur Verfügung stehen. Wenn wir prüfen wollen, ob Konjunkturspritzen Rezessionen heilen, können wir nicht zwei übereinstimmende Gesellschaften mit übereinstimmenden Rezessionen vorbereiten und anschließend der einen die Konjunkturspritze verabreichen und der anderen nicht. Wir können auch nicht eine große Zahl von Gesellschaften hernehmen, die gerade in einer Rezession stecken, und dann nach dem Losverfahren der einen Hälfte Konjunkturspritzen zukommen zu lassen und der anderen nicht. Ein Sozialwissenschaftler vermag nicht, mit Gesellschaften so zu experimentieren, wie es ein Naturwissenschaftler mit unbelebten Gegenständen in Labor tun kann. Schlussendlich sind gesellschaftliche Phänomene *unermesslich* komplizierter als Phänomene, die Physiker und Chemiker untersuchen. Eine Gesellschaft umfasst Tausende oder Millionen einzelner Menschen, die sich auf zahllose komplexe Arten gegenseitig beeinflussen. Und jeder dieser Menschen stellt selbst eine äußerst komplizierte Einheit dar, viel komplexer als ein typischer unbelebter Gegenstand.

Als Beispiel dafür, dass unbelebte Abläufe vergleichsweise durchschaubar sind, dient Johannes Keplers Erfolg, im siebzehnten Jahrhundert aus den Beobachtungsdaten über die Planeten am Nachthimmel drei einfache mathematische Gesetze über die Planetenbahnen abzuleiten: [21]

1. Die Planeten bewegen sich auf elliptischen Bahnen, in deren einem gemeinsamen Brennpunkt die Sonne steht.
2. Ein von der Sonne zum Planeten gezogener Fahrstrahl überstreicht in gleichen Zeiten gleich große Flächen.
3. Die Quadrate der Umlaufzeiten zweier Planeten verhalten sich wie die dritten Potenzen der großen Bahnhalbachsen.

Warum haben wir nicht in ähnlicher Weise, die einfachen mathematischen Gesetze menschlichen Verhaltens entdeckt? Wahrscheinlich weil solche Gesetze *nicht existieren*. Verallgemeinerungen zum menschlichen Verhalten enthalten nahezu immer Ceteris-Paribus-Klauseln. Fast jeder Einflussfaktor auf unser Verhalten kann durch zahllose andere Faktoren verstärkt oder abgeschwächt werden. Der

nächste Schritt hin zum Verhalten der ganzen Gesellschaft macht die Angelegenheit noch viel komplizierter. Sollte es gesellschaftliche Entwicklungsgesetze geben, wären sie zweifelsohne unglaublich kompliziert.

Man könnte die Hoffnung hegen, nach fehlgeschlagenen Vorhersagen landeten Sozialwissenschaftler auf dem harten Boden der Realität und berichtigten infolgedessen ihre zugrundeliegenden Theorien. Wie Tetlock jedoch herausfand, geschieht das kaum. Die meisten Fachleute ziehen es vor, ihre Fehler auf eine Weise wegzureden, die ihre theoretischen Überzeugungen schont. Vielleicht würden wir solche Erklärungen gerne als bloße Rationalisierungen abtun. Dabei stoßen wir jedoch normalerweise auf die Schwierigkeit, im konkreten Fall nicht *beweisen* können, dass die Erklärung nicht zutrifft. Es mag tatsächlich *stimmen*, dass die Vorhersage beinahe eingetreten wäre, und dass die zugrundeliegende Theorie des Fachmanns trotz der fehlgeschlagenen Vorhersage grundsätzlich stimmt. Bleiben die erwarteten Ergebnisse einer Maßnahme aus, liegt das vielleicht tatsächlich an der schlechten Umsetzung oder unglücklichen Begleitumständen. Im gesellschaftlichen Bereich geschieht nichts, was je als idealer Test der Theorie von irgendjemand gelten könnte. Daher fällt der Beweis schwer, dass ein bestimmter Ideologe tatsächlich unvernünftig handelt, wenn er sich weigert, seine Überzeugungen anzupassen. Meist bleibt das Ansichtssache.

4 Konkrete Lehren

Wenn – wie von mir vorgebracht – politisches Wissen sehr begrenzt ist, und die politischen Akteure selten hauptsächlich politischen Idealen folgen, was sollen wir dann tun? Es mag so aussehen, als könne man keine politischen Empfehlungen herleiten, weil für jede Maßnahme, die wir aufgrund der politischen Unwissenheit empfehlen könnten, wir selbst unwissend in Bezug auf den Wert dieser Maßnahme wären. Dies träfe zu, wenn meine These ein radikaler „philosophischer“ Skeptizismus wäre, demzufolge niemand über den Hauch politisch relevanten Wissens verfüge. Glücklicherweise sind wir nicht *völlig* unwissend, und wir können einige plausible Empfehlungen für politische Akteure ableiten.

4.1 Gehen Sie nicht wählen

In zeitgenössischen Demokratien werden Wahlkämpfe oft von öffentlich-rechtlichen Kampagnen begleitet, welche die Bürger dazu ermutigen, das Wahllokal aufzusuchen und abzustimmen; unabhängig von der eigenen politischen Einstellung scheint es wichtig zu sein, dass man für *irgendetwas* stimmt. In manchen Ländern macht der Staat das Wählen sogar zur Pflicht.

Diese Kampagnen sind eine entsetzliche Idee. Die meisten Wähler sind überhaupt nicht auf dem Laufenden – wissen vielleicht nicht einmal, wer ihre Führer sind, und mit Sicherheit nicht, wer der beste Kandidat ist. Stellen Sie sich vor, jemand fragt Sie nach dem Weg zu einem ortsansässigen Restaurant. Wenn sie keine Ahnung haben, wo das Restaurant sich befindet, sollten Sie keine Wegbeschreibung erfinden. Sie sollten ihn mit Mutmaßungen verschonen, auch wenn diese Ihnen irgendwie glaubhaft erscheinen. Sie sollten ihm sagen, dass Sie keine Ahnung haben, und ihn die Wegbeschreibung von einem anderen einholen lassen, der mehr weiß.

Ahnungsloses Wählen ist sogar schlimmer, als ahnungslos Wegbeschreibungen zu geben, weil Wählen die Ausübung politischer Macht bedeutet (wenngleich einer sehr kleinen). Für eine bestimmte Politik zu stimmen, bedeutet nicht bloß, eine Empfehlung abzugeben, sondern beinhaltet einen Aufruf, diese Politik *anderen gewaltsam aufzuerlegen*. Die Mehrheit legt der übrigen Gesellschaft Maßnahmen oder Personalentscheidungen auf. Um die Teilnahme an einer derartigen Zumutung zu rechtfertigen, muss man eine belastbare Rechtfertigung für die Überlegung haben, dass die Politik oder Personalentscheidung segensreich ist. Eine solche Rechtfertigung fehlt beim Großteil der Wähler nahezu immer. Daher fällt Wählen im ganz überwiegenden Teil der Fälle nicht nur als Bürgerpflicht durch sondern ist eindeutig unmoralisch. [22]

Man könnte vorbringen, dass Bürger verpflichtet seien, sich zu informieren und *dann erst* abzustimmen. Aber sich ausreichend zu informieren, welcher Kandidat bei einer Wahl der Beste ist, erweist sich für gewöhnlich als äußerst schwierig. Tatsächlich ist der Gedanke nicht abwegig, dass für die meisten Leute bei den meisten Wahlen diese Aufgabe streng genommen undurchführbar ist. Wie sehr sie der Frage auch nachgehen, *wissen* die meisten Wähler anschließend immer noch nicht, wer der beste Kandidat ist, und kommen vielleicht nicht einmal zu einer hinreichend sicheren Einschätzung. Selbst wenn es nicht unmöglich ist, handelt es sich bei der Bestimmung des besten Kandidaten offenbar um eine sehr beschwerliche Aufgabe. Daher ist die Forderung unvernünftig, der Einzelne möge die gewaltigen Kosten auf sich nehmen, dieses Wissen zu erwerben, bloß um mit der Wahrscheinlichkeit von sagen wir eins zu zehn Millionen einen bescheidenen Vorteil für die Gesellschaft zu erreichen.

Kurzum ist es am plausibelsten, dass der Einzelne nicht zum Wählen verpflichtet ist, und dass er, wenn er schlecht informiert ist (wie nahezu jeder Bürger), die Pflicht hat, *nicht* zu wählen.⁸

4.2 Lassen Sie gesellschaftliche Probleme außer Acht

Die Gesellschaft leidet unter unzähligen Problemen, zu deren Lösung regelmäßig die Regierung aufgerufen wird. Angesichts der weit verbreiteten politischen Unwissenheit wäre die Regierung jedoch in den meisten Fällen besser beraten, statt einem Lösungsversuch nichts zu unternehmen. Betrachten wir beispielsweise das Problem des Drogenkonsums, der zu Gesundheitsproblemen, Abhängigkeit und einer allgemeinen Zerrüttung des Lebens der Konsumenten und ihrer Familien führt. Möglicherweise könnte die Regierung etwas zur Lösung des Problems unternehmen. In Anbetracht der Unwissenheit von Spitzenpolitikern, Aktivisten und Öffentlichkeit wird ein Lösungsversuch der Regierung jedoch kaum gelingen.

Nun könnte man denken, bei *völliger* Ahnungslosigkeit würden unsere Maßnahmen zwar ebensogut zu einer Verschlimmerung wie zu einer Linderung des Problems führen; aber solange wir über *ein wenig* relevantes Wissen und Verständnis verfügen, und wir auf eine Linderung hinarbeiten, sollten wir zumindest etwas eher das Problem tatsächlich lindern, als es zu verschlimmern. Daher könne und solle die Regierung, auch wenn sie nicht *weiß*, was das Problem löst oder lindert, zumindest eine fundierte Vermutung anstellen und diese dann umsetzen.

Aus mindestens vier Gründen ist das falsch. Erstens bringt jede Regierungsmaßnahme, welche den Bürgern Pflichten und Verbote auferlegt, gewisse Kosten

⁸Brennan (2011a, Kapitel 3) verteidigt diese Punkte ausführlicher.

mit sich. Ein Kostenpunkt ist die Einschränkung der Freiheit der Bürger. Ein Weiterer liegt im Leid derjenigen, die gegen das Gesetz verstoßen und infolgedessen vom Rechtssystem bestraft werden. Ein Dritter liegt in den finanziellen Ausgaben zur Umsetzung der Maßnahme. Im Falle der Drogengesetze bedeutet dies, dass den Menschen die Freiheit abgesprochen wird, mit ihrem eigenen Leib umzuspringen, wie ihnen beliebt, dass überführte Gesetzesbrecher über Monate und Jahre im Gefängnis leiden, und dass alle Steuerzahler unter den Ausgaben für die Durchsetzung der Drogengesetze leiden.

Zweites besteht gewissermaßen eine moralische Vermutung zu Lasten gewaltsamer Eingriffe. Gesetze sind Befehle, welche mit Gewaltandrohung gegen jene, die sie missachten, untermauert werden. Gewalt zum Nachteil eines Menschen erfordert durchgängig eine klare Rechtfertigung. Man ist nicht berechtigt, gewaltsam einem Menschen Schaden zuzufügen auf der Grundlage, dass derjenige einen Befehl missachtet hat, von welchem man lediglich *glaubt*, er habe einen gesellschaftlichen Nutzen. Wenn nicht klar ersichtlich ist, dass die erwarteten Vorteile einer Maßnahme die erwarteten Kosten übersteigen, dann hat man kein Recht Gewalt anzuwenden, um diese Maßnahme der übrigen Gesellschaft aufzuerlegen.

Ein dritter ähnlicher Punkt besteht darin, dass der Staat, wenn er *aktiv* in die Gesellschaft *eingreift*, etwa durch die Erteilung eines Befehls und die gewaltsame Schädigung der Gehorsamsverweigerer, dadurch für jeden Schaden verantwortlich wird, der sich daraus ergibt; was er aber nicht in dieser Weise wäre, wenn es ihm bloß (aus Unwissenheit) misslingt, Schäden zu verhindern. Stellen Sie sich vor, ich beobachte eine Frau an der Bushaltestelle dabei, wie sie eine Flasche Pillen öffnet, und offensichtlich eine davon einnehmen will. Bevor ich mich dazu entschlief, ihr die Pillen zu entreißen und in den Gulli zu werfen, sollte ich mir sehr sicher sein, dass es sich tatsächlich um schädliche Pillen handelt. Sollte sich herausstellen, dass ich der Frau ein Medikament entrissen habe, das sie zur Verhinderung eines Herzinfalles benötigt, bin ich für die Folgen verantwortlich. Wenn ich mich andererseits aufgrund der ungewissen Natur der Pillen dazu entschlief, die Frau in Ruhe zu lassen, sich aber später herausstellt, dass sie Gift eingenommen hat, dann bin ich *nicht* für ihren Tod verantwortlich. Deshalb hat ein Eingriff eine schwerere Beweislast zu tragen als das Gewähren-Lassen. Würde die Regierung gleichermaßen aufgrund der Unsicherheit über die Wirkung von Drogengesetzen die Drogennutzer einfach in Ruhe lassen, dann wäre sie dadurch nicht verantwortlich für die Schäden, welche jene sich selbst zufügen. Doch wenn die Regierung die Drogengesetze aufrecht erhält, und diese bürden der Gesellschaft gewaltige Kosten auf, dann ist die Regierung für die Kosten moralisch verantwortlich.

Der vierte und letzte Punkt besteht darin, dass blindlings ergriffene Maßnahmen nicht ebenso wahrscheinlich nützen wie schaden sondern sehr viel eher schaden. Der berühmte Volkswirt Ronald Coase, der über 18 Jahre Herausgeber des *Journal of Law and Economics* war, gab 1997 ein Interview. Unter anderem berichtete er, dass in seiner Zeitschrift eine Reihe von Studien erschienen sei, welche die Auswirkung von Regulierung in verschiedenen Gebieten untersuchten. Als er gefragt wurde, welche Regulierungen schlecht seien, antwortete Coase:

Ich kann mich keiner Guten entsinnen. Regulierung des Verkehrs, Regulierung der Landwirtschaft, Bebauungspläne – doch von A bis Z waren sie alle schlecht. Es gab so viele Studien, und sie liefen

[23]

praktisch alle auf eins hinaus: Die Folgen waren schlecht.[16]

Wie ist das möglich? Selbst wenn wir nicht viel wissen, sollten wir nicht zumindest einen *gewissen* Gesamtnutzen in den *meisten* Fällen erzielen?

An dieser Stelle müssen wir auf das Beispiel von George Washington zurückkommen. Seine Ärzte, welche die Keimtheorie nicht kannten und über keine Antibiotika verfügten, konnten gegen seinen Infekt nichts ausrichten. Der menschliche Körper ist ein komplizierter Mechanismus, dessen Teile auf bestimmte Art zusammenarbeiten. Beinahe alles, was man ihm zuführt oder entnimmt, und beinahe jedes Umräumen seiner Teile stört diesen Mechanismus. In der Tat führen fast alle *großen* Änderungen am Körper zum *Tod*. Angesichts der Ahnungslosigkeit der Ärzte des ehemaligen Präsidenten wäre daher zu erwarten, dass nahezu jede von ihnen angeordnete Behandlung schädlich gewesen wäre.

Die Gesellschaft lässt sich als gewaltiger Mechanismus auffassen, dessen Teile (einzelne Menschen) – ähnlich denen eines Organismus – auf äußerst komplizierte Weise zusammenarbeiten.⁹

Natürlich behaupte ich nicht, der Staat solle nie in die Gesellschaft eingreifen. Einige Eingriffe sind klar gerechtfertigt. Beispielsweise ist das Verbot von Mord, Diebstahl und Körperverletzung gerechtfertigt. Was unterscheidet diese Verbote etwa von den Drogengesetzen? Eine Reihe von Unterschieden ließe sich aufzählen,¹⁰ wobei in diesem Aufsatz der Unterschied in unserem Wissensstand hinsichtlich der Verbote entscheidend ist. Wir wissen, dass ein Verbot von Mord vorteilhaft ist. Es gibt keine ernsthaften Argumente gegen diese Behauptung, und alle Fachleute sind sich einig. Man kann jedoch schlicht nicht behaupten zu wissen, dass ein Drogenverbot vorteilhaft sei; diese Behauptung ist wahrlich umstritten. Statt für generelles Gewähren-Lassen plädiere ich für eine hohe Beweislast auf Seiten derer, die gesetzliche Ansprüche oder Verbote verfechten. Wenn die Fachwelt in der Frage gespalten ist, ob ein staatlicher Eingriff vorteilhaft ist, sollte dieser durchgängig abgelehnt werden.

Dieser Lehrsatz lässt sich auch auf andere umstrittene Fragen anwenden wie das Waffenrecht, Konjunkturspritzen, Mindestlöhne, Einwanderung usw. In jedem dieser Fälle ist der Nutzen von staatlichen Eingriffen in der Fachwelt bestenfalls umstritten; in einigen davon ist die Expertenmeinung gegen Eingriffe. Daher sollte die Regierung nicht den Besitz von Schusswaffen beschränken oder versuchen, die Konjunktur anzukurbeln, oder Mindestlöhne einführen oder die Einwanderung beschränken, ebensowenig wie sie Drogen verbieten sollte. [24]

4.3 Schwächen Sie die Demokratie

Demokratie funktioniert gut bei Fragen, deren Antwort offensichtlich ist. Beispielsweise hätte ich keine Bedenken, das Volk über den Mordparagrafen abstimmen zu lassen. Demokratien sind Diktaturen hauptsächlich aus dem Grund überlegen, dass Diktaturen dazu neigen, Dinge zu tun, die offensichtlich und unstrittig übel sind – etwa Millionen von Menschen ermorden. Aber bei umstrittenen Fragen oder solchen, die sorgfältiges Nachdenken und Fachwissen erfordern, wird die Demokratie zum Glücksspiel. Unwissenheit und Unvernunft der Wählerschaft führen häufig zu schädlichen und ungerechten Regelungen.

⁹Dieser Punkt wurde von Read (2008) am lebhaftesten dargestellt; vgl. Hayek (1945).

¹⁰zum Unrecht der Drogengesetze siehe meinen Aufsatz von 2009[18].

Bei umstrittenen Fragen besteht die beste Lösung nicht darin, einfach abstimmen zu lassen; die beste Lösung besteht darin, die Frage aus der politischen Arena zu nehmen, also den Staat am Eingreifen zu hindern. Grund dafür ist schlicht die Empfehlung aus Abschnitt 4.2, allen staatlichen Eingriffen eine hohe Beweislast aufzubürden. Wenn beispielsweise die Vorteile der Waffengesetze umstritten sind, sollten wir mithin nicht darüber abstimmen, ob wir den privaten Besitz von Schusswaffen einschränken, sondern die Regierung daran hindern, dies zu tun.¹¹ Genau darin liegt die Absicht des zweiten Verfassungszusatzes der USA. Viele Vorkehrungen dieser Verfassung sind als weise Beschränkungen der Demokratie angelegt – beispielsweise dass die Regierung nicht die Ausübung des Islam verbieten kann, *selbst wenn* die Mehrheit der Wähler das befürwortet.

Es mag undurchführbar sein, in einer Verfassung Verbote für alle Regelungen aufzuführen, die umstritten sein könnten oder deren Wirkung unbekannt ist. Ein brauchbarer Behelf läge darin, für die Verabschiedung eines Gesetzes eine große qualifizierte Mehrheit vorzusehen. Beispielsweise könnte ein Staatswesen vorsehen, dass die Verabschiedung eines Gesetzes eine 70%ige Mehrheit erfordert, wogegen eine 30%ige Minderheit zur Aufhebung eines bestehenden Gesetzes reicht. Eine derartige Regelung wäre nicht perfekt, würde aber vielleicht den Großteil schädlicher Gesetze hinwegfegen und dabei immer noch Gesetze ermöglichen, für die ein klarer Bedarf besteht. Beispielsweise muss uns nicht bange sein, dass 30% der Legislative mit ihrer Stimme Mord erlauben.

4.4 Kämpfen Sie nicht für Ihre Überzeugungen

In politischen Dingen sollten wir normalerweise nicht für das kämpfen, woran wir glauben. Für etwas Kämpfen beinhaltet nach meinem Verständnis den Kampf *gegen jemand anderen*. Wenn einer mit seinem Ziel auf keinen (menschlichen) Widerstand stößt, würde man das als *Arbeit* für ein Anliegen bezeichnen (beispielsweise arbeiten für die Eindämmung der Schwindsucht, arbeiten für die Ernährung der Armen) und nicht als *Kampf* dafür. Man kämpft also normalerweise nur dann für ein Anliegen, wenn das, wofür man sich einsetzt, umstritten ist. Und meistens wissen diejenigen, welche sich für ein umstrittenes Anliegen einsetzen, tatsächlich nicht, ob dieses richtig ist, so sehr sie auch glauben mögen, es zu wissen. Wie in Abschnitt 3.2 dargelegt wurde, kämpfen sie, um sich als Kämpfer für ein edles Ziel zu erleben, statt wirklich die Ideale anzustreben, die sie glauben anzustreben.

Der Kampf für ein Anliegen ist mit erheblichen Kosten verbunden. Typischerweise wendet man eine große Menge Zeit und Energie auf und legt dabei zugleich anderen Kosten auf insbesondere jenen, die gegen die eigene politische Position sind. Diese Zeit und Energie sind höchst wahrscheinlich verschwendet, weil keine Seite die Antwort auf die Streitfrage kennt. In vielen Fällen wird Aufwand in die Erreichung einer Maßnahme gesteckt, die sich als schädlich und ungerecht erweist. Es wäre besser, seine Zeit und Energie auf Ziele zu richten, von denen man *weiß*, dass sie gut sind. [25]

Nehmen wir also an, dass Sie sich zwischen einer Spende an Moveon.org (eine Gruppe linksgerichteter Aktivisten [das deutsche Pendant ist Campact, *A. d. Ü.*]) oder an die Stiftung gegen Malaria (ein Wohlfahrtsverband, der Malaria in Entwicklungsländern bekämpft) entscheiden (bzw. Zeit für eine der beiden

¹¹siehe meinen Aufsatz von 2003 zur weiteren Erörterung dieser Frage.[17]

Organisationen opfern). Für diejenigen, denen das Wohlergehen der Menschheit am Herzen liegt, sollte die Wahl klar sein. Spenden an Moveon.org beeinflussen staatliche Maßnahmen oder auch nicht, und wenn sie es tun, kann die Wirkung entweder gut oder schlecht sein – über diesen Punkt lässt sich streiten. Aber Spenden an die Stiftung gegen Malaria retten *mit Sicherheit* Menschenleben. Niemand bestreitet das.¹²

Es gibt Ausnahmen von der Regel, dass man nicht für ein Anliegen kämpfen soll. Manchmal sehen Menschen die Notwendigkeit, für ein Anliegen zu kämpfen, obwohl dieses offensichtlich und unstrittig gut ist wie im Falle des Kampfes zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen in einer Diktatur. In diesem Fall hat man es mit korrupten oder bösen Gegnern zu tun. Gelegentlich weiß ein Einzelner, dass ein bestimmtes Anliegen richtig ist, auch wenn es in der Allgemeinheit umstritten ist. Dies kann vorkommen, weil er über Fachwissen verfügt, das der Öffentlichkeit fehlt, und sie sich entschlossen hat, den Konsens der Fachleute zu missachten. Aber das betrifft eine Minderheit der Fälle. Die meisten Menschen, die für ein Anliegen kämpfen, wissen in Wirklichkeit nicht, was sie tun.

5 Fazit

Nach gängiger Vorstellung haben jene unser Lob verdient, die sich in die Politik einbringen, an demokratischen Abstimmungen teilnehmen, für ein Anliegen kämpfen, an das sie glauben, und versuchen, die Welt zu verbessern. Wir neigen zu der Annahme, dass solche Menschen von hohen Idealen getrieben werden, und dass wenn sie die Welt verändern, dies normalerweise zum Besseren hin geschieht.

Die klaren Belege menschlicher Unwissenheit und Unvernunft in der politischen Arena bringen die gängige Vorstellung ins Wanken. Ohne Kenntnis grundlegender Sachverhalte des politischen Systems, geschweige denn von differenzierterem Wissen, welches Voraussetzung für eine zuverlässige Lösung umstrittener politischer Fragen wäre, können die meisten Bürger nicht mehr tun als raten, wenn sie die Wahlkabine betreten. Der Versuch, staatliche Maßnahmen anhand solch willkürlicher Raterei zu beeinflussen, ist bei weitem keine Bürgerpflicht sondern ungerecht und gesellschaftlich unverantwortlich. Wir haben auch keinen Grund zu glauben, dass politische Aktivisten und Spitzenpolitiker in umstrittenen Fragen sicherer zu korrekten Auffassungen gelangen; jene, die politisch am stärksten engagiert sind, sind oft auch ideologisch am stärksten voreingenommen, weswegen sie für die richtigen politischen Antworten vielleicht sogar eher blind sind als der Durchschnittsbürger. Deshalb handeln politische Aktivisten und Spitzenpolitiker in den meisten Fällen unverantwortlich und unberechtigt, wenn sie versuchen, ihre Lösungen zu gesellschaftlichen Problemen der übrigen Gesellschaft aufs Auge zu drücken.

Das vielleicht drastischste Beispiel gibt Karl Marx ab, der bekanntlich den Kommentar abgab: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt darauf an, sie zu *verändern*.“ [24, S. 145] Marx' größtes Vermäch-

¹²Siehe <http://www.againstmalaria.com>. Als dieser Beitrag erstellt wurde, stuft GiveWell (eine bekannte Bewertungsorganisation für Wohlfahrtsverbände) sie als kosteneffizientesten Wohlfahrtsverband ein (siehe <http://givewell.org/international/top-charities/AMF>, abgerufen am 28. März 2012).

nis besteht in der praktischen Vorführung über die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, welche Folgen es hat, eine Welt zu verändern, die man nicht versteht. An dieser Stelle kann nicht im Detail auf seine Verkennungen eingegangen werden, welche andere in aller Ausführlichkeit besprochen haben. Belassen wir es dabei, dass trotz der Sorgfalt mit der weltweit Generationen Intellektueller seine Werke studiert haben, Karl Marx' Verständnis vom Menschen und der Gesellschaft äußerst begrenzt war.¹³ Sein Einfluss auf die Welt des zwanzigsten Jahrhunderts war jedoch ohne Gleichen und – wie die meisten Beobachter es heute sehen – geradezu unvorstellbar bösartig.¹⁴ Das kommt nicht von ungefähr. Wenn man keine genaue und tiefe Kenntnis eines komplexen Systems hat, wird jeder Versuch, es radikal zu verbessern, eher die gut funktionierenden Abläufe stören, als seine Unstimmigkeiten beheben. Marx' Misserfolg beim Verbessern der Gesellschaft sollte ungefähr so überraschen wie der Misserfolg von George Washingtons Ärzten bei der Behandlung seiner Infektion durch Aderlassen. [26]

Vielleicht gelingt es den Menschen eines Tages, ein wissenschaftliches Verständnis der Gesellschaft zu erlangen, welches mit dem modernen wissenschaftlichen Verständnis der meisten Aspekte der Natur vergleichbar ist. Wenn es soweit ist, zeichnen sich vielleicht Wege für den Umbau der Gesellschaft zum Wohle aller ab. Doch wir können heute nicht vorhersagen, wie dieses Verständnis aussehen mag, und wir sollten auch nicht versuchen, Maßnahmen zu ergreifen, von denen wir meinen, sie stellten sich eines Tages als günstig heraus. Indessen müssen wir mit vielen Scharlatanen rechnen, welche wissenschaftliche Gesellschaftsmodelle à la Marx aufstellen. Diese Ideologen mögen – wie im Falle der Marxisten – die vollkommen unwissenschaftliche Haltung einnehmen, Zweifler als Feinde zu betrachten, die es zu unterdrücken gilt.

Spitzenpolitiker, Wähler und Aktivisten wären gut beraten, dem geflügelten Wort zu folgen, welches oft auf die Medizin gemünzt wird, nämlich „Richte vor allem keinen Schaden an!“ Eine plausible Faustregel, welche uns davor bewahren soll, infolge vermessenen ideologischen Glaubens Schaden anzurichten, besteht darin, anderen keine Anforderungen und Beschränkungen mit Gewalt aufzuerlegen, es sei denn, deren Wert ist in der Fachwelt im Rahmen einer freien und offenen Diskussion praktisch unumstritten. Natürlich kann auch ein Expertenkonsens daneben liegen, aber diese Faustregel mag das beste sein, was fehlbare Wesen wie wir uns ausdenken können.

Literatur

- [1] Atran, Scott. 2010. *Talking to the Enemy: Faith, Brotherhood, and the (Un)making of Terrorists*. New York: HarperCollins.
- [2] bin Laden, Osama. 1996. „Kriegserklärung gegen die Amerikaner, die das Land der zwei Heiligen Stätten besetzen“/„Declaration of War against the Americans Occupying the Land of the Two Holy Places“. Englische Übersetzung von PBS unter dem Titel „Bin Laden's Fatwa“, http://www.pbs.org/newshour/updates/military-july-dec96-fatwa_1996/, [Link vom Übersetzer aktualisiert; abgerufen am 29. Dez. 2014.]

¹³Siehe Mises 1981 für eine eingehende Kritik an Marxismus und Sozialismus.

¹⁴Courtois et al. (1999) dokumentieren die erschütternden Gräueltaten marxistischer Regime im zwanzigsten Jahrhundert.

- [3] Brennan, Jason. 2011a. *The Ethics of Voting*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- [4] Brennan, Jason. 2011b. “The Right to a Competent Electorate”, *Philosophical Quarterly* 61: 700–724.
- [5] Bush, George W. 2001. Ansprache vor dem Kongress am 21. Sept. Abschrift verfügbar unter: http://articles.cnn.com/2001-09-20/us/gen.bush.transcript_1_joint-session-national-anthem-citizens?_s=PM:US, abgerufen am 13. Oktober 2011. [auf deutsch: <http://archiv.jens-bertrams.de/politik/themen/wtc/wtc37.htm>, abgerufen am 29. Dez. 2014]
- [6] Caplan, Bryan. 2007. *The Myth of the Rational Voter*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- [7] Chantrill, Christopher. 2012. „Time Series Chart of U.S. Government Spending“. http://www.usgovernmentsspending.com/spending_chart_1980_1990USb_13s11i0111cn_40f, abgerufen am 25. März 2012.
- [8] Courtois, Stéphane, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartošek und Jean-Louis Margolin. 1999. *The Black Book of Communism*, Übersetzer Jonathan Murphy und Mark Kramer. Cambridge, Mass.: Harvard University Press. [*Das Schwarzbuch des Kommunismus*, Piper-Verlag]
- [9] Crews, Clyde Wayne. 2008. „Ten Thousand Commandments: An Annual Snapshot of the Federal Regulatory State“. Washington, D.C.: Competitive Enterprise Institute. <http://cei.org/sites/default/files/Wayne%20Crews%20-%20Ten%20Thousand%20Commandments%202014.pdf>, [Link vom Übersetzer aktualisiert; abgerufen am 29. Dez. 2014.]
- [10] Custis, George Washington Parke. 2001. “The Death of George Washington, 1799”, *EyeWitness to History*. <http://www.eyewitnesstohistory.com/washington.htm>, abgerufen am 25. März 2012.
- [11] de Rugy, Veronique und Melinda Warren. 2008. “The Incredible Growth of the Regulators’ Budget”, Mercatus Center working paper No. 08-36. http://www.mercatus.org/uploadedFiles/Mercatus/Publications/WP0836_RSP_The%20Incredible%20Growth%20of%20the%20Regulators%27%20Budget.pdf, abgerufen am 25. März 2012.
- [12] Delli Carpini, Michael und Scott Keeter. 1996. *What Americans Know about Politics and Why it Matters*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- [13] Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. Boston, Mass.: Addison-Wesley. [*Ökonomische Theorie der Demokratie*, Mohr-Siebeck, Tübingen]
- [14] Gilovich, Thomas. 1991. *How We Know What Isn’t So*. New York: Free Press.

- [15] Hayek, F.A. 1945. „The Use of Knowledge in Society“, *The American Economic Review* 35: S. 519–530. [„Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft“, Hayek, F. A. v. (Hrsg.), *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, S. 103–121]
- [16] Hazlett, Thomas. 1997. „Looking For Results: Nobel Laureate Ronald Coase on Rights, Resources, and Regulation“, Reason, January. <http://reason.com/archives/1997/01/01/looking-for-results/singlepage>, abgerufen am 26. März 2012.
- [17] Huemer, Michael. 2003. „Is There a Right to Own a Gun?“, *Social Theory and Practice* 29: S. 297–324.
- [18] Huemer, Michael. 2009. „America’s Unjust Drug War“, S. 223–236 in *The Right Thing to Do*, fifth edition, ed. James and Stuart Rachels. New York: McGraw Hill.
- [19] Huemer, Michael. 2010. „Is There a Right to Immigrate?“, *Social Theory and Practice* 36 (2010): S. 429–461.
- [20] Krugman, Paul. 1987. „Is Free Trade Passe?“, *The Journal of Economic Perspectives* 1(2): S. 131–144.
- [21] Krugman, Paul. 2009. *The Conscience of a Liberal*. New York: W. W. Norton.
- [22] Kuttner, Robert. 1997. *Everything for Sale: The Virtues and Limits of Markets*. New York: Alfred A. Knopf.
- [23] Lindberg, David C. 1992. *The Beginnings of Western Science: The European Scientific Tradition in Philosophical, Religious, and Institutional Context, 600 B.C. to A.D. 1450*. Chicago, Ill.: University of Chicago Press. [Die Anfänge des abendländischen Wissens, DTV]
- [24] Marx, Karl. 1978. „Theses on Feuerbach“, S. 143–145 in *The Marx-Engels Reader*, zweite Ausgabe, Hrsg. Robert C. Tucker. New York: W. W. Norton. [„Thesen über Feuerbach“]
- [25] Norris, John. 2011. „Five Myths about Foreign Aid“, *Washington Post*, April 28. http://www.washingtonpost.com/opinions/five-myths-about-foreign-aid/2011/04/25/AF00z05E_story.html, abgerufen am 18. März 2012.
- [26] Obama, Barack. 2004. *Dreams from My Father*. New York: Random House. [Ein amerikanischer Traum, DTV]
- [27] Pape, Robert A. and James K. Feldman. 2010. *Cutting the Fuse: The Explosion of Global Suicide Terrorism and How to Stop It*. Chicago, Ill.: University of Chicago Press.
- [28] Plato. 1974. *Plato’s Republic*, Übersetzer G.M.A. Grube. Indianapolis: Hackett. [Der Staat / Die Politeia / Res Publica]
- [29] Rawls, John. 1999. *A Theory of Justice*, überarbeitete Ausgabe. Cambridge, Mass.: Harvard University Press. [Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp]

- [30] Read, Leonard. 2008. „I, Pencil: My Family Tree as Told to Leonard E. Reed“. Irvington-on-Hudson, N.Y.: Foundation for Economic Education. <http://c457332.r32.cf2.rackcdn.com/pdf/books/I,%20Pencil%202006.pdf>, abgerufen am 26. März 2012. Erstmals veröffentlicht: 1946. [<http://www.libinst.ch/publikationen/LI-Paper-Read-Bleistift.pdf> abgerufen am 29. Dez. 2014.]
- [31] Sen, Amartya. 1999. *Development as Freedom*. New York: Alfred A. Knopf.
- [32] Simon, Julian. 1999. *The Economic Consequences of Immigration*. Ann Arbor, Mich.: University of Michigan Press.
- [33] Stiglitz, Joseph. 2002. *Globalization and Its Discontents*. New York: W. W. Norton. [*Die Schatten der Globalisierung*, Goldmann-Verlag]
- [34] Tetlock, Philip. 2005. *Expert Political Judgment: How Good Is It? How Can We Know?* Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- [35] Vadakan, Vibul. 2005. „A Physician Looks At The Death of Washington“, *Early America Review* 6(1). http://www.earlyamerica.com/review/2005_winter_spring/washingtons_death.htm, abgerufen am 25. März 2012.
- [36] von Mises, Ludwig. 1981. [*Die Gemeinwirtschaft*, URL: http://docs.mises.de/Mises/Mises_Gemeinwirtschaft.pdf] *Socialism*, Übersetzer J. Kahane. Indianapolis, Ind.: LibertyClassics.